

EUROPA HAT DEN MINDESTLOHN – NUR DEUTSCHLAND NICHT

Der Vergleich mit den europäischen Nachbarn zeigt: Ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde wird Deutschland nutzen. Lohnuntergrenzen geben den Beschäftigten Sicherheit, reduzieren Lohndumping und stabilisieren die Kaufkraft.

20 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Von den übrigen verfügen fünf über vergleichbare Schutzmechanismen. Das Bundesarbeitsministerium hat durch sechs Forschungsinstitute untersuchen lassen, inwieweit Mindestlöhne in acht Branchen, die unter das Entsendegesetz fallen, Arbeitsplätze kosten. Das Ergebnis: Mindestlöhne kosten keine Jobs. Selbst die Europäische Kommission und auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben Deutschland deshalb zur Einführung eines Mindestlohns geraten.

KEIN LOHN UNTER 8,50 EURO!

Um Armutslöhne zu bekämpfen, wollen die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern Tarifverträge mit Existenz sichernden Entgelten abschließen. Wo keine Tarifverträge existieren oder die Arbeitgeber keine Tarifverträge abschließen wollen, braucht Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn: 8,50 Euro sind die unterste Grenze. Die Politik darf sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.

VON DER ARBEIT MUSS MAN LEBEN KÖNNEN!

»Für die Gewerkschaften ist das wichtigste Ziel, dass Menschen in Deutschland nur zu Löhnen beschäftigt werden dürfen, die mindestens Existenz sichernd sind. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der Würde des Menschen gerecht zu werden: Arm trotz Arbeit passt nicht in eine der reichsten Gesellschaften der Welt!«

Claus Matecki, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

V.i.S.d.P:

Claus Matecki, DGB Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
www.dgb.de | www.mindestlohn.de

Gestaltung:

wegewerk GmbH, Berlin | www.wegewerk.com

Stand: Februar 2012

DGB

ARM TROTZ ARBEIT.

DEUTSCHLAND BRAUCHT DEN MINDESTLOHN.

**KEIN LOHN
UNTER 8,50
Euro pro Stunde**

www.mindestlohn.de

ARM TROTZ ARBEIT

Mehr als jeder Fünfte arbeitet für einen Niedriglohn. Rund fünf Millionen Menschen arbeiten für einen Stundenlohn unter 8,50 Euro, davon allein etwa 1,2 Millionen für unter fünf Euro. Trotz Vollzeitstätigkeit und häufiger Nacht- und Wochenendarbeit reicht das Einkommen nicht zum Leben. Immer mehr Menschen sind deshalb auf Hilfe vom Staat angewiesen – oft ein Leben lang. Der Anspruch auf Rente ist bei Niedriglohneempfängern so gering, dass der Staat auch im Alter zum Überleben beisteuern muss. Die Gewerkschaften wollen das ändern und fordern: Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde!

DEUTSCHLAND BRAUCHT DEN MINDESTLOHN

Der deutsche Niedriglohnbereich ist in den letzten Jahren dramatisch gewachsen. Arbeitslose sind durch die Hartz-Gesetze gezwungen, jede Arbeit bis zur Grenze sittenwidriger Entgelte anzunehmen – bis hin zu Löhnen um die drei Euro pro Stunde. Immer mehr Arbeitgeber treten aus den Arbeitgeberverbänden aus und entziehen sich damit der Tarifbindung. Dies führt dazu, dass in Westdeutschland bereits 36 Prozent der Beschäftigten nicht mehr durch Tarifverträge geschützt sind, in Ostdeutschland sogar 49 Prozent.

MINDESTLOHN ENTLASTET DEN STAATSHAUSHALT

Durch einen gesetzlichen Mindestlohn würden nicht nur Geringverdiener profitieren, auch die öffentlichen Kassen müssten weniger Sozialleistungen zahlen. Im Jahr 2011 hat das Forschungsinstitut Prognos AG berechnet, dass ein Mindestlohn den Staat um über sieben Milliarden Euro jährlich entlasten würde.



Fünf Millionen Beschäftigte hätten durch einen Mindestlohn von 8,50 Euro jährlich über 14 Milliarden Euro mehr Erwerbseinkommen. Die Steuereinnahmen und höheren Sozialbeiträge stiegen um ca. fünf Milliarden Euro. Der Staat müsste rund 1,7 Milliarden weniger Sozialleistungen wie Wohngeld, Kindergeldzuschläge und ALG II zahlen.

NIEDRIGLOHNSEKTOR BEDEUTET NICHT WENIGER ARBEITSLOSIGKEIT

Befürworter von Niedriglöhnen plädieren für die Beibehaltung des Niedriglohnssektors, weil dadurch die Arbeitslosigkeit sinken würde. Falsch: In den neuen Bundesländern sind die Löhne niedriger als in Westdeutschland, trotzdem ist dort die Arbeitslosigkeit höher als im Westen. Die von einigen Arbeitgebern und Politikern propagierte Variante eines Kombilohnes bedeutet, dass sehr niedrige Entgelte vom Staat mit ergänzenden Transferleistungen »aufgestockt« werden. Damit verschafft man »Billigheimern« einen Wettbewerbsvorteil gegenüber tariftreuen Betrieben. Das führt zu Lohndumping insgesamt. Mit der Ausweitung des Niedriglohnssektors und sinkenden Löhnen ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit nicht zu reduzieren. Denn Wachstum entsteht auch durch höhere Nachfrage: Konsumieren kann aber nur, wer nicht von Armutslöhnen leben muss.

GESETZLICHE MINDESTLÖHNE IN EUROPA

(in Euro pro Stunde)

Luxemburg	10,41
Frankreich	9,22
Niederlande	8,88
Belgien	8,75
Irland	8,65
Großbritannien	7,01

Quelle: WSI-Mindestlohnatenbank

Stand: Februar 2012